

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,10 RM. zuzüglich Postgebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Briefetal-Bote in der Bahnhofstraße 5, angenommen. Die größtenteils Millimeterzelle kostet 3 Pf., die dreizehnpalt. Fertigungs-, Millimeterzelle 25 Pf.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehniß, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend

Vereinigt mit Bergfelder Zeitung, Lehnißer Zeitung, Hohen Neuendorfer Zeitung

Nr. 102

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Dienstag, den 30. Juni 1936

Postfachkonto: Berlin 864 13

35. Jahrg.

### Hitlers Verdienst um Europa

Stuttgart, 29. Juni.

Reichsminister Dr. Goebbels sprach auf einer Führung des Gaues Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart vor 10 000 Politikern. Beim Betreten der Stadthalle klang dem Reichsminister Dr. Goebbels ein einziger Jubel entgegen.

In großen Jügen zeichnete Dr. Goebbels ein eindringliches Bild des gewaltigen Aufstiegs, den der Nationalsozialismus auf allen Gebieten herbeigeführt hat. Das deutsche Volk habe viele Erfolge und fühle sich in der Führung Adolf Hitlers gesichert. Das früher zerrissene Land Europas sei damit zur einheitlichen Ordnungszelle dieses Erdteils geworden. Deutschland sei mit diesen Aufgaben voll und ganz beschäftigt, so daß es für die Hände der Welt keine Zeit und kein Interesse aufbringen könne.

Dr. Goebbels verwahrte sich dagegen, daß man Deutschland vorwerfe, es rüste auf, um in einem kommenden Kriege militärische Vorbeeren zu suchen und dadurch sein innenpolitisches Prestige zu heben. Von starken Zustimmungslagegebungen unterbrochen, meinte er, daß es in Europa vielleicht einige andere Regierungen gebe, die eine Prestigeerhöhung nötig hätten. „Ich glaube nicht, daß alle Regierungen so furchtlos wie wir zur Wahlurne schreiten oder so mitten in ihrem eigenen Volk leben wie wir. Das deutsche Volk weiß, daß das Prestige seiner Führung auch sein Prestige ist.“

Zur außenpolitischen Zielsetzung Deutschlands übergehend, erklärte der Minister: „Wenn es uns gelingt, Europa auf einer neuen Grundlage einen besseren Frieden zu geben, ist das nicht eine Aufgabe, die des Schwertes der Westen verlohnt? Ist diese Aufgabe nicht wert, daß die besten Europäer sich darum jahrelang mühen? Auf eine andere Weise kommt eben dieser Friede nicht zustande! Es gibt keine Zustand, die den Frieden organisieren könnten, auch der Völkerverbund nicht!“

Im abessinisch-italienischen Krieg blieb allen Frieden stiftenden Instanzen nichts anderes übrig, als die geschaffenen Tatsachen zu akzeptieren. Vermutlich wäre es uns ebenso ergangen, wenn wir einmal das Opfer eines trügerischen Ueberfalls geworden wären; deshalb haben wir uns rechtzeitig vorgebeugt nach dem Grundsatz: „Völkerverbund ist gut, aber Luftschutzhelm und Armeekorps sind noch besser.“ (Stürmischer Beifall.) Heute mag es niemand mehr, uns unzufrieden und die deutsche Ehre und das deutsche Volk verlebende Verträge vorzulegen, weil alle Welt weiß, daß wir solche nicht mehr unterzeichnen.

Der Führer hat sich ein Verdienst um Deutschland, um Europa und um die gesamte Kulturmenschen erworben; denn er hat nicht nur 1933 den Aufstieg des Volkswillens abgewehrt, sondern auch durch die Wiederbesetzung des Rheinlandes Deutschland endgültig gegen jeden Ueberfall gesichert.“

Am Schluß gedachte Reichsminister Dr. Goebbels des Führers, der Deutschland und die Bewegung mit Genialität und Kühnheit von Erfolg zu Erfolg geführt habe und uns allen ein leuchtendes Beispiel der Pflichterfüllung sei.

Nach den lang anhaltenden Weisheitsreden der württembergischen Politischen Leiter brachte Gauleiter Murr ein Sieg-Gelächter über den Führer und die Bewegung aus, in das die Zehntausend machtvoll einstimmten.

### Verailles gefährdet den Frieden!

Reichsminister Dr. Franke übermittelte auf dem Gau-Treffen des Gaues Westfalen-Nord in Gelsenkirchen die Grüße des Führers, der Reichsleitung der NSDAP und der Reichsregierung. Der Gau Westfalen-Nord, fuhr er fort, sei diesem Generalappell angetrieben, um erneut ein starkes Geschlossenheitsbekenntnis abzulegen. Die Welt möge solche Kundgebungen erkennen als Verneinung des deutschen Volkes zu Ehre, Freiheit und Frieden.

„Man spricht“, erklärte Dr. Franke weiter, „heute in der Welt davon, daß Adolf Hitler, daß das nationalsozialistische Deutschland eine Gefahr für den Frieden der Welt seien. Der Friede in Deutschland und um Deutschland ist in Wirklichkeit aber nicht mehr als gesichert als sonst irgendwo in der Welt. Nicht der Führer und die Wiedererfassung der deutschen Nation sind es, die den Frieden in der Welt gefährden, sondern es ist das Unrecht, das man dem deutschen Volke und Frieden anerkennen will. Man soll uns in Ruhe und Frieden unser Aufbauwerk vollenden lassen. (Zubelebende Zustimmung.)“

### Von Sonnabend bis Montag

Empfang der Handwerksführer bei Dr. Schacht.

Der amtierende Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Dr. Schacht empfing die leitenden Männer des Handwerks. Reichshandwerksmeister Schmidt überreichte Dr. Schacht als Ausdruck des Dankes den Ehrenring der Stadt des Handwerks Frankfurt a. M. Der Reichswirtschaftsminister gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt gewesen sei, den alten Wünschen des Handwerks die gesetzliche Grundlage und Verantwortlichkeit zu geben. Man könne heute von der Entbehrlichkeit des Handwerks des Staates keine Pflicht voll erfüllen. Mit dem Ausdruck der Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit im bisherigen Geiste begrüßte Dr. Schacht dann die einzelnen leitenden Männer des Handwerks.

Verstaatlichung der französischen Rüstungsindustrie.

Ueber die Gesetzesentwürfe über die Verstaatlichung der Kriegsmittelindustrie in Frankreich wird berichtet, daß die einzelnen Punkte der Vorschläge in ihrer Gesamtheit tatsächlich die allgemeine Uebernahme der Rüstungsindustrie durch den Staat darstellen würden. Die nationale Verteidigung dürfe durch diese Gesetzesvorlage eine

### Keine Beruhigung in Frankreich

Nach einer Mitteilung des französischen Innenministeriums beträgt die Zahl der Streikenden in ganz Frankreich noch immer 153 794. Diese hohe Ziffer ist daraus zu erklären, daß neben der in immer stärkerem Umfang einsetzenden Arbeitswiederaufnahme die Streikbewegung täglich in allen Provinzen und in den verschiedensten Berufsgruppen neuen Nachschub erhält.

Nachdem der Schiffsahrtsstreik im Marseiller Hafen beendet worden ist, haben auch die streikenden Matrosen von Port-Vendres und der nordfranzösischen Hafenstadt Rouen die Arbeit wieder aufgenommen. Langanhaltende Streiksignale gaben das Zeichen zur Beendigung der Besetzung der vielen Schiffe, von denen eine große Anzahl endlich ihre Ausfahrt antreten konnte. In einem kleinen Mittelmeerhafen, in Caronte, kam es im Zusammenhang mit der Arbeitswiederaufnahme der Matrosen zu Zwischenfällen. Die Besatzung des Dampfers „Zintferré“ verlangte vom Kapitän die sofortige Entlassung von vier Besatzungsmitgliedern des Dampfers, die sich an dem Streik nicht beteiligt hatten. Als der Kapitän dieses Ansinnen ablehnte, hielten sich die Matrosen noch von einem anderen Schiff Verstärkung und trieben mit Gewalt die betreffenden vier Matrosen von Bord.

Im Hafen Royan haben die Fischer infolge von Streitigkeiten mit den Fischhändlern den Streik erklärt. Kein Fischerboot hat den Hafen verlassen. An vielen Mästen wehen rote Fahnen. Auch im Hafen von Le Havre ist ein neuer Streik zu melden, oder vielmehr die Wiederaufnahme eines vor kurzem abgebrochenen Streiks: Die Dockarbeiter haben erneut einen Teil der Hafenanlagen besetzt und weitere Forderungen angemeldet.

Die Stadt Pau in Südfrankreich, die bisher von jeder Art von Streik verschont geblieben war, hat nunmehr auch die Arbeitsminderung und „friedliche Besetzung“ der Fabriken kennengelernt. Die meisten Arbeiter sind hier nicht Franzosen, sondern Spanier. Die Stadt Rennes stellt einen besonderen Fall in der Streikbewegung dar. Dort haben 17 Belegschaften einer Draht- und Eisenwarenfabrik, die sich durchschnittlich im Alter von 13—17 Jahren befinden, beschlossen, die Arbeit niederzuliegen und die Werkstätten zu besetzen.

Seit Sonnabend früh ist in der Moseler Eisenindustrie ein Streik ausgebrochen, der etwa 20 000 Arbeiter umfaßt. Es handelt sich um einen Streik zur Unterstützung der Arbeiter einer Fabrik, deren Forderungen noch nicht erfüllt wurden.

### Schwere Schlägerei in Paris

Die Schwerblätter „Ami du Peuple“, „Jour“ und „Echo de Paris“ bringen als einzige Zeitungen die Mel-

ungeheure Verstärkung erfahren. Wie man in der Regierung nachhebenden Kreisen betont, würde die Kammer durch die Annahme dieses Gesetzes der Volksfrontregierung wenigstens in Frankreich günstige Vorbedingungen für eine internationale Rüstungskontrolle schaffen, wie sie vom Völkerverbund angestrebt werde.

Innenpolitische Zusammenstöße in Ägypten.

Nach einer von etwa 2000 Personen besuchten Kundgebung der Vereinigung der sogenannten Gründenden kam es nachts in Kairo zu blutigen Zusammenstößen mit der wafdistischen Jugendorganisation der Nubenden. Mehrere Redner der Gründenden hatten sich gegen die kürzlich von Ministerpräsident Nubas Pascha erhobene Beschuldigung, die Gründenden erbieten von einer ausländischen Macht Geldzuwendungen, gewandt. Daraufhin erzwangen 400 Nubenden nach Schluß der Veranstaltung Eintritt in das Theater, in dem die Kundgebung stattfand, und drangen mit Säulen, Dolchen und Steinen auf die noch versammelten Gründenden ein. Es entspann sich ein heftiger Saalkampf, bis die Polizei eingriff. Der Kampf setzte sich noch auf den benachbarten Straßen fort. Schließlich zogen die Gründenden unter polizeilichem Schutz geschloffen ab. Einige Polizisten und Demonstranten wurden bei den Vorfällen schwer verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Skandal in Krakau. In Krakau hat die plötzliche Amtsenthaltung des Präsidenten des dortigen Appellationsgerichts, Porelewicz, und die gleichzeitige Verhaftung seiner Frau gewaltiges Aufsehen erregt. Wie polnische Blätter andeuten, steht die Verhaftung der Frau des Gerichtspräsidenten mit einer umfangreichen Bestechungsaffäre im Zusammenhang, von der der Gerichtspräsident selbst keinerlei Kenntnis gehabt hat.

ding von schweren Schlägereien im Lateinischen Viertel am Freitagabend. Nach dem „Ami du Peuple“ sollen über 30 Verletzte zu verzeichnen sein. „Echo de Paris“ berichtet von etwa 10 Verhaftungen.

Uebereinstimmend werden die Vorgänge wie folgt geschildert: Studenten und Militärenten, die gerade ihr Examen bestanden hatten und aus einem größeren Schulgebäude des Boulevard St. Michel herauskamen, sahen sich etwa 200 bis 300 Anhängern der Volksfrontpartei gegenüber, die versuchten, ihnen ihre blau-weiß-roten Bändchen von den Knopflochern und Rockaufschlägen zu reißen. Eine allgemeine Schlägerei war bald im Gange, der die Polizei einmischen untätig zusah.

Die Marseillaise und die Internationale wurden gesungen. Einige Polizeibeamte sollen mit erheblicher Faust die Internationale mitgesungen haben (!)

Bei Eingreifen der Polizei stichtete alles teils in die Seitenstraßen, teils in die zahlreichen Cafés und Restaurants des Subzentrials. Ueberall ging aber die Schlägerei weiter, wobei auch Unbeteiligte Fußtritte und Schläge erlitten. Tische und Geschirr gingen in die Brüche.

Die Volksfrontanhänger sollen auch mehrfach blau-weiß-rote Fahnen, mit denen zahlreiche Häuser, dem Aufruf des Obersten de la Roquette folgend, geschmückt waren, abgerissen haben.

Bis 20 Uhr haben die Schlägereien zwischen Volksfrontanhängern und den Studenten angebauert, die, wie der „Ami du Peuple“ weiter mitteilt, in Zukunft selbst für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Lateinischen Viertel sorgen wollen, wenn die Polizei nicht dazu in der Lage sein sollte.

### Marrillische Defizitwirtschaft

Die Arbeiter der Munitionsfabrik von Bontillere in der Nähe von Amiens, die bereits im Mai in den Streik getreten waren und die Werke besetzt hatten, weil ihre Lohnforderungen nicht erfüllt werden konnten, haben nunmehr — im Einvernehmen mit den Arbeitgebern — die Leitung der Fabrik selbst übernommen. Ihr Verlangen nach Lohnverbesserung war abgelehnt worden, weil die Werke bereits seit längerem mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, so daß bei einer Vergrößerung der Ausgaben der Betrieb nicht mehr hätte aufrechterhalten werden können. Die französische Regierung hat sich jetzt zu dem Versuch entschlossen, die nunmehr getroffene „Lösung“ dadurch durchführbar zu machen, daß sie Vorküßle auf Munitionsbestellungen gibt, um somit wenigstens vorläufig eine Deckung der zu erwartenden Fehlbeiträge der Firma zu ermöglichen.